

32. TAGUNG

Haushalt und Betriebsmittel des Kongresses für die nächsten zwei Jahre (2018-2019)

Empfehlung 393 (2017)¹

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas,

1. In erneuter Bestätigung seiner einzigartigen Rolle und institutionellen Stellung innerhalb der Europarats, der dem Kongress, als Stimme der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften aller 47 Mitgliedstaaten und als Wächter der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die Verantwortung übertragen hat, die Umsetzung der gemeinsamen Standards für die kommunale Autonomie und regionale Demokratie in Europa und in seiner Nachbarschaft zu fördern und zu unterstützen;
2. In Anbetracht der Tatsache, dass sich in vielen Mitgliedstaaten, insbesondere aufgrund der Notwendigkeit, die Effizienz und Effektivität aller Regierungsebenen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 zu stärken, intensive nationale Reformprozesse mit der Struktur, den Finanzen und den Arbeitsweisen der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften befassen, und dass die Aufgabe des Kongresses, diese Entwicklungen auf der Grundlage der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu überwachen und eine rechtliche und praktische Beratung zu geben oder die zahlreichen Petitionen zu prüfen und auf diese zu reagieren, sich in den letzten drei Jahren erheblich erweitert hat;
3. In Betonung der Tatsache, dass sich mit der Ratifizierung der Europäischen Konvention der kommunalen Selbstverwaltung durch alle 47 Mitgliedstaaten die Monitoring-Tätigkeit des Kongresses, die vorsieht, dass jeder Mitgliedstaat ca. alle fünf Jahre einem Monitoring unterzogen wird, wesentlich erweitert hat;
4. In Erinnerung an den regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem Ministerkomitee und die Informationen zu den Prioritäten des Kongresses sowie deren Umsetzung durch den Präsidenten und Generalsekretär des Kongresses;
5. In Betonung der Würdigung der vom Kongress erreichten Arbeit sowie der Anerkennung und des Verstehens der Risiken, die weitere Haushaltskürzungen nicht nur für seine satzungsmäßige Tätigkeit, sondern auch für seine Post-Monitoring- und Kooperationstätigkeit hätten, die an die spezifischen Bedürfnisse und Interessen der Mitgliedstaaten angepasst wird;
6. In Betonung der Tatsache, dass dank der umfassenden Reform seiner Strukturen und Arbeitsmethoden und trotz seiner kontinuierlichen Bemühungen um Effizienzgewinne der Kongress in der Lage gewesen ist, eine qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten und greifbare Resultate zu erzielen, aber bedauerlicherweise bereits gezwungen war, einige seiner satzungsgemäßen Aktivitäten, insbesondere die Anzahl seiner Monitoringbesuche zu reduzieren, die für 2015 und 2016 geplant waren und für 2017 geplant sind;

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 28. März 2017, 1. Sitzung (siehe Dokument [CG32\(2017\)06](#), Begründungstext), Berichterstatter: Xavier CADORET, Frankreich (L, SOC) und Svetlana ORLOVA, Russische Föderation (R, EPP/CCE).

7. unter besonderer Hervorhebung:

a. der Entscheidungen, die er 2010 im Rahmen der Reform des Europarats getroffen hat, seine Prioritäten und seine Tätigkeit an den Kernwerten der Organisation neu auszurichten;

b. der resultierenden Änderungen an der Kongress-Charta und der statutarischen EntschlieÙung, am 19. Januar 2011 vom Ministerkomitee angenommen, und der nachfolgenden von ihm durchgeföhrtten Änderungen, vor allem jene zur Verbesserung der Effizienz seiner Strukturen und Arbeitsmethoden, sowie der zusätzlichen Arbeit, die diesbezüglich durchgeföhrt wurde, insbesondere die Empfehlung 367 (2014) des Kongresses über die Überarbeitung der Kongress-Charta, angenommen am 16. Oktober 2014;

c. seines Beitrags zu den Effizienzgewinnen der Organisation und zu den Kürzungen seiner Betriebsmittel sowie seines Personalhaushalts seit 2010 im Kontext eines realen Nullwachstums, gefolgt von einem nominalen Nullwachstum für die gesamte Organisation;

d. der Prioritäten des Kongresses, die für 2017-2020 angenommen wurden und die in Gänze mit jenen übereinstimmen, die vom Generalsekretär Thorbjørn Jagland für den Zeitraum 2018-2019 vorgeschlagen wurden;

8. Unverbrüchlich dem Ziel verpflichtet, zur Identifizierung und Umsetzung der Prioritäten und des Programms für 2018-2019 beizutragen, die für die gesamte Organisation vom Ministerkomitee angenommen werden;

9. Mit dem Entschluss, seine Reform fortzuführen und seine Tätigkeit für die nächsten zwei Jahre auf seine Kernprioritäten auszurichten, die auf kommunaler und regionaler Ebene zu den laufenden und neuen Kampagnen und konkreten Programmen des Europarats beitragen und die gestartet wurden, um sich mit hochaktuellen Themen zu befassen, u.a. Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, Integration und soziale Kohäsion, Bekämpfung von Hassreden und Diskriminierung, Prävention und Bekämpfung von Korruption und Förderung der Kernwerte des Europarats speziell bei jungen Europäern;

10. Unter erneuter Bestätigung jedoch, dass der Kongress, um erfolgreich seinen satzungsgemäÙen Auftrag durchführen und seine neuen Prioritäten im Hinblick auf die Förderung und Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie ausführen zu können, sich auf eine nachhaltige Grundlage für seine Arbeit verlassen können muss, wozu ausreichende Haushaltsmittel gehören;

11. Insbesondere unter Betonung der Situation der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma, die 124 Teilnehmer aus den Mitgliedstaaten des Europarats in einem Netzwerk vereint und deren Nachhaltigkeit aufgrund fehlender Mittel in Gefahr ist;

12. Bittet dementsprechend das Ministerkomitee:

a. Vollumfänglich die Risiken zu prüfen und die Folgen für den Europarat als Ganzes und insbesondere für den Kongress zu beurteilen, die mit einer Verlängerung eines Haushalts für die Jahre 2018-2019 und darüber hinaus verbunden sind, der auf dem Prinzip eines nominalen Nullwachstums basiert, im Vergleich zumindest mit einem realen Nullwachstum;

b. Die erreichten Resultate und Bemöhungen anzuerkennen, die im Hinblick auf die Effizienz und Effektivität des Kongresses in den letzten Jahren trotz reduzierter Haushaltszuweisungen und Einschränkungen der Personalmittel, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, gemacht wurden;

c. Durch seinen regelmäßigen politischen Dialog mit dem Kongress eine Übereinstimmung der Prioritäten, die vom Kongress angenommen wurden, mit seinen Haushaltszuweisungen sicherzustellen, um eine kritische Masse und Einfluss zu erreichen;

d. in Anbetracht der einzigartigen Rolle und institutionellen Stellung des Kongresses innerhalb des Europarats und unter gebührender Würdigung seiner Tätigkeit in der Vergangenheit zu beschließen, dem Kongress für den Zeitraum 2018-2019 einen Haushalt und Personal zuzuweisen, die den Anforderungen seiner institutionellen Tätigkeit sowie seiner statutarischen Aufgaben und der Arbeit, die als Priorität der Organisation festgelegt wurde, insbesondere in den Bereichen Prävention von Radikalisierung, Bearbeitung der Auswirkungen und Folgen der mit Flüchtlingen und Einwanderung verbundenen Herausforderungen und Unterstützung der Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma, entsprechen;

e. Die Mitgliedstaaten aufzurufen, eine Finanzierung für das Jahr 2017 und die nächsten zwei Jahre zu erwägen, in Form von freiwilligen Beiträgen und/oder abgestellten Beamten, gezielten Kooperationsaktivitäten auf der Grundlage des Monitoring der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und auf den anderen satzungsgemäßen Aktivitäten des Kongresses;

f. Zu untersuchen, auf welche Weise der Kongress rechtmäßig von Haushaltsmitteln oder Sonderhaushaltsmitteln profitieren könnte, um seine Tätigkeit für die Integration der Roma auf kommunaler und regionaler Ebene fortzuführen, unter gebührender Berücksichtigung seiner konkreten Erfahrungen und Investitionen in diese Aktivitäten in den letzten Jahren und der herausragenden Bedeutung dieser Angelegenheit in Europa;

g. Den Generalsekretär des Europarats zu aufzufordern, im Programmentwurf und im Haushalt für die nächsten zwei Jahre (2018-2019) Haushaltsmittel für den Kongress auszuweisen, die vollumfänglich seinen Beitrag zu den Prioritäten des Europarats als einzigartiger paneuropäischer Förderer der territorialen Demokratie, der die Dezentralisierung und die Partizipation der Bürger sowie die Debatte und den Austausch guter Praktiken unter den kommunalen und regionalen gewählten Amtsträgern zu den aktuellen Themen in unseren europäischen Gesellschaften fördert, anerkennt.